



CVP Schweiz, Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern

Bundesamt für Energie

**Per Mail an:** [strategie-stromnetze@bfe.admin.ch](mailto:strategie-stromnetze@bfe.admin.ch)

Bern, 13. März 2015

## **Vernehmlassung: Strategie Stromnetze**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Strategie Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

### **Allgemeine Bemerkungen**

Die CVP Schweiz unterstützt die Strategie Stromnetze in ihren Grundzügen. Diese nimmt wichtige Punkte auf und ist zukunftsgerichtet. So unterstützen wir die Absicht, die Verfahren zu beschleunigen. Dabei soll der bürokratische Aufwand so klein wie möglich gehalten werden. Eine Veröffentlichung der Geodaten lehnen wir klar ab, diese Daten sind aus Sicherheitsgründen nicht an die Bevölkerung zu geben. Gegen eine Digitalisierung dieser Daten spricht deswegen aber nichts.

Die detaillierte Rückmeldung zu den einzelnen Artikeln entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Fragebogen.

Wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Christophe Darbellay  
Präsident CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli  
Generalsekretärin CVP Schweiz



## Strategie Stromnetze – Vernehmlassungsvorlage

### Fragenkatalog des BFE

Antwortende Organisation: **CVP Schweiz**, Bern, 13. März 2015

#### Inhalt

Szenariorahmen.....	1
Bedarfsermittlung.....	2
Nationales Interesse .....	5
Räumliche Koordination .....	5
Überprüfung Kosteneffizienz .....	8
Öffentlichkeitsarbeit .....	9
Geodaten .....	9

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

#### Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

*Art. 9a Abs. 1 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

1. Für die CVP ist es wichtig, dass beim Erstellen des Szenariorahmens die nationalen Netzgesellschaften, sowie die übrigen Netzbetreiber genügend einbezogen werden. Sie sind die Spezialisten auf dem Gebiet und kennen die Bedürfnisse der Branchen und der Kunden. Der Szenariorahmen darf die Netzbetreiber nicht gegeneinander ausspielen.
2. Zu Art.9a Abs.2 StromVG. Im Gesetzesentwurf steht: „Im Szenariorahmen sind mindestens drei Szenarien abzubilden, die für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren über alle Netzebenen die Bandbreite wahrscheinlicher energiewirtschaftlicher Entwicklungen aufzeigen“. Im erläuternden Bericht wird demgegenüber festgestellt, dass das Gesetz **nur** für die Netzebene 1 bis 3 Geltung haben soll. Dieser Widerspruch ist zu lösen.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja      ☐ Nein      ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die CVP begrüsst, dass ausserordentliche Entwicklungen, wie neue technologische Fortschritte, zu jedem Zeitpunkt durch den Bundesrat einbezogen werden können.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja      ☐ Nein      ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☒ Ja      ☐ Nein      ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Zu Art. 9d Abs. 1 StromVG „Jeder Netzbetreiber legt die Grundsätze, die er bei der Netzplanung anwendet, fest und veröffentlicht diese Grundsätze.“ Die CVP stellt die Verpflichtung der Netzbetreiber zur Festlegung und Veröffentlichung ihrer Grundsätze in Frage. Die CVP befürwortet stattdessen eine Regelung, mit der die Netzbetreiber nur verpflichtet werden, ihre Grundsätze zu definieren. Die zweite Hälfte von Art.9d Abs. 3 StromVG „Ausnahmen von der Pflicht zur Veröffentlichung gemäss Absatz 1 vorsehen.“ kann somit gestrichen werden. Alles andere würde nur zusätzliche bürokratische Hürden schaffen.

Zu Art 9d Abs. 2 StromVG: Bei der Festlegung der Grundsätze ist zu berücksichtigen, dass das Netz nur dann auszubauen ist, wenn ein sicheres, leistungsfähiges und effizientes Netz während des gesamten Planungshorizontes nicht allein mit einer Optimierung oder Verstärkung gewährleistet werden kann.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

*Art. 9c StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es stellt sich aber die Frage, wieso nur der Einspeisepunkt definiert wird, und nicht auch der Entnahmepunkt?

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

*Art. 9e Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Verteilnetze sollten aber davon ausgenommen werden, damit Ausnahmen und Erleichterungen für die Verteilnetzbetreiber möglich sind.

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

*Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.*

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

*Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

*Art. 15e EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Im Gesetz sollte aber klargestellt werden, dass die Sachplanpflicht nur für das Übertragungsnetz, nicht aber für das Verteilnetz gilt.

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

*Art. 15e – 15j EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1*

☒ notwendig   ☐ nicht notwendig   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die CVP befürwortet dies Änderung. Mit der Regelung auf Ebene Gesetzesstufe wird der Prozess beschleunigt.

## Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

*Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Damit würde noch eine weitere Bewilligungsstufe geschaffen. Die CVP geht deshalb davon aus, dass der Bewilligungsprozess damit nicht beschleunigt, sondern verlangsamt würde.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

*Art. 18b EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

*Art. 17a EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die CVP möchte zwei Punkte anmerken. 1.) Die Kosten für den Bund sind für verwaltungsexterne Personen in der Regel höher als für verwaltungsinterne. Die CVP stellt daher ein Fragezeichen hinter diese Option. 2.) Mit dem Einbezug von externen Personen kann ein Interessenkonflikt entstehen. Würden Externe einbezogen, wäre dieser Problematik die nötige Beachtung zu schenken.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

*Art. 15b Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Ersatzmassnahmen müssen aber vorgängig mit den Verteilnetzbetreibern abgesprochen werden, damit deren Interessen angemessen berücksichtigt werden können.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt?

*Art. 15c EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Für die CVP darf der Mehrkostenfaktor aber nicht die einzige Massnahme sein.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

*Art. 15c Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:



21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

*Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die CVP schlägt vor, Art. 15c Abs. 3 („Der Bundesrat kann vorsehen, dass auch bei einer Überschreitung des Mehrkosten-faktors eine teilweise oder vollständige Erdverkabelung vorgenommen werden muss, wenn damit eine erhebliche Entlastung des unmittelbar betroffenen Gebiets erzielt werden kann.“) zu streichen. Dieser Abschnitt ist nicht zielführend und verlangsamt nur den Prozess.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

### Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

*Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

*Art. 15 Abs. 3 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

*Art. 9f StromVG*

*Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)*

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

*Art. 26a EleG*

*Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Diese Informationen sollten aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlicht werden. Die Daten sollen digitalisiert, jedoch nicht veröffentlicht werden.